



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Liebe Leserinnen und Leser,

gut zwei Jahre nach dem Start von Schwarz-Gelb zeigen sich Union und FDP mit der Regierungsverantwortung überfordert. Zu einer soliden, geradlinigen und vorausschauenden Politik scheinen sie nicht in der Lage. Zu Recht erwarten die Menschen ein Mindestmaß an Professionalität.

In den vergangenen Monaten mussten wir uns mit der weltweiten Schuldenkrise, der Existenzkrise der Europäischen Union, mit Staaten am Rande der Handlungsfähigkeit, mit unregulierten Finanzmärkten, neuen Belastungen der Industrie, vielen Fragezeichen für Arbeitsmarkt und Sozialstaat und nicht zuletzt mit Protesten in vielen Ländern auseinandersetzen.

Deutschland ist keine Insel, sondern steckt mittendrin. Bei allem Optimismus ist uns allen klar: Deutschland, Europa und die Welt stehen vor großen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen. Wer keine Lehren aus der Vergangenheit zieht, riskiert die Zukunft.

Und das ist der vielleicht größte Fehler von Schwarz-Gelb: Sie lernen nicht aus der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten und handeln nicht, um sich für zukünftige Krisen zu wappnen. Dagegen haben wir als SPD zu allen Themen gute und tragfähige Konzepte vorgelegt: zur Zukunft Europas, zur Regulierung der Finanzmärkte, zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung, zur Überwindung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft, zu Investitionen in Bildung und Infrastruktur.

Wir stehen weiterhin für die Schaffung guter Arbeit und sicherer Beschäftigungsverhältnisse. Es gilt, die Steuerlast gerechter zu verteilen, mehr Geld für Bildung bereitzustellen, die sozialen Sicherungssysteme und die Kommunen für den demografischen Wandel zu stärken. Für die Energiewende müssen die Investitionen in Effizienz, Erneuerbare Energien sowie den Ausbau des Stromnetzes erhöht werden. Dies nur als einige Beispiele unserer Initiativen auf Bundesebene.

Herzlichst **Kerstin Tack, MdB**

VerbraucherInnen im Finanzmarkt stärken – gerade in Krisenzeiten

Der Finanzmarkt hat zahlreiche Tücken für VerbraucherInnen. In verschiedenen Bereichen gibt es fehlende Regelungen, die Jahr für Jahr bares Geld kosten. In Berlin setze ich mich dafür ein, dass diese Lücken geschlossen werden.

Es gibt so genannte **Kostenfallen im Internet**. Diese sind Webseiten, bei denen BesucherInnen oft nicht erkennen können, dass sie Geld kosten. Sie drücken auf den falschen Knopf und müssen für eine Leistung bezahlen, die sie nicht haben wollen. Die Zahlungsverpflichtung ist irgendwo im Kleingedruckten versteckt. Wird nach dem Tappen in die Kostenfalle die Schuld nicht beglichen, kommt oft Post von einem Inkassounternehmen. Leider gibt es unter ihnen viele schwarze Schafe. Diese schlagen auf den Forderungsbetrag – teils überhöhte – Gebühren. Zur Eintreibung üben sie dann starken Druck auf die Schuldner aus, z. B. durch Hausbesuche.

Für diejenigen, die sich zur Begleichung einer Forderung ihres **Dispo- oder Überziehungskredites** bedienen, gehen die Sorgen oft gleich weiter.

Fortsetzung auf Seite 2

VerbraucherInnen im Finanzmarkt stärken – gerade in Krisenzeiten

Fortsetzung von Seite 1



Die Banken verlangen teilweise enorm hohe Zinsen für diese kurzfristigen Leihgaben. Zwischen 6 und 16 Prozent schreibt die Stiftung Warentest. Damit landen viele Verbraucherinnen und Verbraucher in der Schuldenfalle.

Ich setze mich dafür ein, dass die Banken ihre Kernfunktionen wieder als solche wahrnehmen. Dazu gehört neben der Organisation des Geldleihens und -verleihens auch die Sicherheit des Zahlungsverkehrs. Hier gibt es in letzter Zeit immer wieder Probleme im Bereich des **Online-Bankings**. Die bestehenden Papier-Tan-Listen bringen nicht den aktuell höchsten Sicherheitsstandards. Die Banken stellen daher um auf spezielle Geräte und sms-Tan. Das finde ich gut. Unschön finde ich allerdings, dass Verbraucherinnen und Verbraucher für die entstehenden Mehrkosten aufkommen sollen.

Um überhaupt am Bankenverkehr teilnehmen zu können braucht man ein Girokonto. Die Banken haben sich zwar freiwillig dazu verpflichtet, **jedem ein Girokonto** einzurichten, eine gesetzliche Verpflichtung hierzu gibt es aber bisher nicht. Derzeit haben ca. 670.000 Menschen in Deutschland kein Girokonto, weil es ihnen von den Banken verwehrt wird.

In all diesen Feldern rührt sich die Bundesregierung leider entweder sehr langsam oder überhaupt nicht. Verbraucherschutzministerin Aigner macht Ankündigungen, unternimmt aber nichts. Gerade in den schweren Zeiten der Finanzmarktkrise ist es besonders wichtig, VerbraucherInnen vor unnötigen finanziellen Belastungen zu bewahren. Schließlich sind sie es, die als Steuerzahler ohnehin schon für die Misswirtschaft der Banken aufkommen müssen. In Berlin setze ich mich für die Lösung dieser Probleme ein.

Der SPD-Bundesparteitag 4.-6. Dezember 2011 in Berlin

„Die nächste Bundesregierung wird von der SPD geführt“, das ist das Fazit des Parteitages. Mit wichtigen Beschlüssen in der Steuer- und Finanzpolitik sowie zu Europa, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Rente, Familie und für mehr direkte Demokratie hat sich die SPD gut aufgestellt für die Regierungsübernahme 2013.

Steuern und Finanzen: Neben Schuldenabbau sind Investitionen in bessere Bildung nötig. Deshalb wollen wir eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent und der Steuer auf Erträge auf Privatkapital auf 32 Prozent. Die Vermögenssteuer soll ab einer Mio. wieder eingeführt werden. Mit dieser und einer reformierten Erbschaftssteuer sollen die Bundesländer finanzielle Spielräume erhalten.

Arbeit und Rente: Die SPD fordert den flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde. Leih- und Zeitarbeiter sollen den gleichen Lohn wie die Stammebelegschaft erhalten. Männer und Frauen sind gleich zu bezahlen und der Missbrauch von Minijobs ist zu bekämpfen.

Den Einstieg in die Rente mit 67 setzt die SPD aus, bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Niemand soll nach dem Erwerbsleben auf Grundversicherung angewiesen sein. Deshalb wollen wir einen flexiblen Übergang in die Rente und eine höhere Bewertung von Zeiten geringen Verdienstes und von Arbeitslosigkeit.

Bürgerversicherung: Die Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung wollen wir beenden. Die Arbeitgeber müssen sich wieder paritätisch beteiligen. Auch in der Pflege streben wir die Bürgerversicherung an. Zudem soll Pflege durch Angehörige und professionelle Helfer aufgewertet und prekäre Beschäftigung zurückgedrängt werden.

Bildung: Die SPD will ein flächendeckendes Ganztagsangebot im Schul- und Kita-Bereich. Bis 2020 sollen die Ganztagsangebote in Kita und Schule Wirklichkeit sein.

Familien: Neben Kindergeld sollen Familien mit einem Monatseinkommen von unter 3.000 Euro brutto einen Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro erhalten. Die „Herdprämie“ lehnt die SPD ab und sie wird anstelle des Ehegattensplittings künftig beide Partner individuell besteuern.

Europa: Wir wollen mehr Europa, um Handlungsfähigkeit zu stärken. Wirtschafts- und finanzpolitisch ist enger zusammen zu arbeiten und die demokratische Legitimation zu erhöhen. Krisenländer sollen mit Aufbauprogrammen gestützt, gleichzeitig aber durch Eingriffe in ihre Finanzpolitik kontrolliert werden. Schuldengrenzen sollen verbindlich und Finanzmärkte reguliert werden.

Mehr Demokratie: Die SPD steht für breite Beteiligungsrechte der BürgerInnen. Im Bund müssen bürgerfreundliche Regelungen für Volksbegehren und Volksentscheide eingeführt werden.

WahlkreisTACKtiker: Jugendliche beraten Kerstin Tack

Am 19. Dezember 2011 war der Abschluss des Schulprojekts "WahlkreisTACKtiker". Das von Kerstin Tack initiierte Projekt für junge Demokratinnen und Demokraten fand nach 2010 bereits zum zweiten Mal statt. Auch in diesem Jahr wurden aus den eingehenden Bewerbungen von interessierten Schulklassen des Bundestagswahlkreises drei Klassen ausgewählt. SchülerInnen des Wahlpflichtkurses Wirtschaft der Gerhart-Hauptmann-Realschule, der Klasse 9d der IGS List und der Stammgruppe 9/5 der IGS Roderbruch schlüpfen in die Rolle von PolitikberaterInnen und haben zu Themen, die sie selbst wählten, recherchiert und schließlich Ratschläge für die Kerstin Tack und die politische Arbeit entwickelt.

In den Themenbereichen Alkohol- und Zigarettenkonsum, Kinderarbeit, Recycling, Genfood, Energieressourcen und sexueller Missbrauch präsentieren die einzelnen Gruppen die Ergebnisse ihrer Arbeit.

IGS List: So hatten beispielsweise die Schülerinnen und Schüler der IGS List zum Thema Genfood folgende Forderung: Kerstin Tack soll sich dafür einsetzen, dass Produkte in denen genmanipulierte Lebensmittel, egal ob direkt oder indirekt, enthalten sind, zukünftig besser zu kennzeichnen sind.

GHS: Einige Schüler der Gerhart-Hauptmann-Realschule beschäftigten sich bei ihrem Projekt mit sogenannten Vertrauenskiosken. Ein Vertrauenskiosk ist ein Geschäft bei denen minderjährige Jugendliche Alkohol und Zigaretten bekommen. Der Rat ist, dass mehr Aufklärung über die Gefahren von Rauchen und Trinken stattfinden. Jugendliche Trinker, die durch Ihre Abhängigkeit schon echte Probleme haben und trockene Alkoholiker sollten in die Schulen eingeladen werden.

IGS Roderbruch: Viele Schülerinnen und Schüler der IGS Roderbruch befassten sich mit dem Thema sexueller Missbrauch und drehten hierfür beispielsweise einen Kurzfilm. Folgende Forderung hatten sie: Kerstin Tack soll sich dafür einsetzen, dass es zukünftig mehr Videos und Aufklärungstexte zum Schutz im Internet gibt. Gleichsam solle die Politik für mehr Aufklärungsangebote über Sexualität und damit verbundene Gewalt in der Gesellschaft sorgen. Außerdem soll es mehr Beratungen und Veranstaltungen in den Schulen geben.

Für die Präsentation ihrer Ergebnisse hatten die Schülergruppen verschiedene Darstellungsformen gewählt, so erstellte eine Gruppe eine eigene Internetseite mit zahlreichen Informationen zum Thema Genfood. Eine andere zeigt in einem Video zum Thema Elektroschrott, eine Straßenumfrage und ein Interview mit einem Elektrohändler. Diese und viele weitere sehenswerte Filme und Präsentationen sowie die Ratschläge sind auf der Internetseite www.wahlkreistacktiker.de zu finden. Einen Beitrag des lokalen TV-Senders h1 über die Abschlussveranstaltung ist unter www.h-eins.tv/wahlackticker abrufbar. Die beteiligten Schulklassen wurden beim Erstellen der Filme und ihrer Ergebnisse vom Verein „Politik zum Anfassen“ begleitet. Kerstin Tack wird die Ergebnisse und die Ratschläge der SchülerInnen und in ihre politische Arbeit einbinden. Im Frühjahr werden die Schulen eine Rückmeldung darüber erhalten, an welchen Stellen Kerstin Tack die Ratschläge eingebracht hat.

Impressionen von der Abschlussveranstaltung



Gruppenfoto aller TeilnehmerInnen



Feedback für die SchülerInnen



Das Team mit LehrerInnen und Politik zum Anfassen



Ein Ratschlag im Nachrichtenformat

Besuchergruppen in Berlin



24.08.2011: Besuch von 34 SchülerInnen der Rosa-Parks-Schule im Deutschen Bundestag.



08.09.2011: Besuch von 50 politisch interessierten BürgerInnen im Deutschen Bundestag.



28.09.2011: Besuch von 106 SchülerInnen der Sophienschule im Deutschen Bundestag.



12.12.2011: Besuch einer Gruppe von „Werk-statt-Schule“ im Deutschen Bundestag.

Kerstin Tack unterwegs



Am SPD-Infostand beim Stadtteilfest Vahrenheide am 03.09.2011



Grußwort auf dem Jahnplatzfest am 10.09.2011



Grußwort auf dem Stadtteilfest Kleefeld am 10.09.2011



Jubilarehrung der SPD Kleefeld-Heideviertel am 27.11.2011



Bei der Eiswette am 08.01.2012



Bürgerfrühstück in der Lister Meile am 03.09.2011



Familienfest der Continental AG / Contitech im Vahrenwalder Werk am 10.09.2011



Gespräch mit der Geschäftsführung des Deutschen Mieterbundes Hannover am 10.10.2011



Besuch bei der Wehrbereichsverwaltung Nord der Bundeswehr am 3.11.2011



Vorlesen beim bewegten Adventskalender Groß-Buchholz am 17.12.2011



Talk mit Tack: „Kultur“ am 09.01.2012



Interview mit Reinhold Fahlbusch Vorstandsvorsitzender des Sozialkaufhauses fairKauf e. G.

nahmen bei marktfernen Trägern erfolgreich sein. Nur so ist fördern und fordern zu Arbeitsmarktbedingung möglich; alles andere ist Verwahrung.

Was heißt das konkret?

Schnell müssen die Grenzen zwischen den öffentlichen Kostenträgern rechtlich und faktisch überwunden und damit die Mittel zur Finanzierung der aktiven und passiven Kosten der Arbeitslosigkeit gebündelt werden. Mit diesen gebündelten Finanzmitteln können Arbeitsplätze gefördert werden, mittels derer Menschen mit Vermittlungshemmnissen ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können. Sie sollen nicht mehr auf Almosen angewiesen sein und außerdem den Sozialsystemen angemessene Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zur Verfügung stellen. Das verstehe ich unter menschenwürdiger Arbeitsmarktpolitik. Und es soll mir niemand sagen, das sei zu teuer. Zurzeit kostet ein langzeitarbeitsloser Mensch die unterschiedlichen öffentlichen Kassen ca. 18.000 € im Jahr. Mit weniger als dieser Summe ließen sich geförderte Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen weg von billig und schnell, hin zu würdig, wirtschaftlich und nachhaltig.

Was bedeutet dies für Langzeitarbeitslose?

Auch wenn meine ersten Aussagen anderes vermuten lassen: Wir brauchen Träger, die sich derer annehmen, die am Arbeitsmarkt auf Dauer keine Chancen mehr haben. Diesen Trägern muss man als selbstständigen Wirtschaftsunternehmen den Marktzugang gestatten. Die Hürden der Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität sind ein Angriff auf die Menschenwürde. Mit den Menschen um die es hier geht verdrängt man niemand am Arbeitsmarkt. Im Gegenteil: Gut gemacht, kann es nach dem umgekehrten Kaskadenprinzip die Fachkräfte freisetzen, nach denen die Wirtschaft nach jahrzehntelanger Ausbildungsabstinenz jammert. Mit welchem Recht verwehrt man Trägern der Arbeitsmarktförderung den Marktzugang, der den Behinderteneinrichtungen offen steht? Hier will ich nicht

gegeneinander ausspielen, sondern fordere eine Politik der Solidarität mit *allen* Benachteiligten.

Sind diese Maßnahmen finanzierbar?

Ich bin dagegen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Märkte mit Geld zu fluten. Dadurch erlahmen Einsatzfreude, Kreativität und unternehmerisches Handeln. Im Augenblick ist jedoch erkennbar, dass man dem ‚barmherzigen Samariter‘ den Geldbeutel weggenommen hat, mit dem er den Wirt bezahlt, der den unter die Räuber gefallenen Wanderer versorgen soll. Und das in einem Land, dessen Meinungsführer immer wieder die Fahne des christlich abendländischen Menschenbildes hochhalten. – Da war das Altertum weiter und das Mittelalter gar nicht so finster.

Sozialkaufhäuser:

Sie bieten gebrauchte bzw. gespendete Waren zu erschwinglichen Preisen an. Zumeist von Wohlfahrtsverbänden getragen qualifizieren sie oft Arbeitslose.

fairKauf Hannover:

Gründungsmitglieder: U.a. Diakonie, Caritas und Werkheim.

Ziele: Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt fairmitteln, einkommensschwachen Menschen Güter fairkaufen und der Müllflut durch fairwenden entgegenwirken.

Angebote:

- Holt Waren bei Spendern ab, präsentiert sie im Kaufhaus und liefert sie ggf. zu den Kunden.
- Stellt brauchbare Waren für den Verkauf bereit und arbeitet diese ggf. vorher auf.
- Stellt reguläre Arbeitsplätze bereit, um andere MitarbeiterInnen dafür zu qualifizieren, später woanders arbeiten zu können.
- Betreibt ein Kaufhaus mitten in der Stadt.

Ort: fairKauf
Limburgstraße 1, 30159 Hannover

Öffnungszeiten:
Mo. bis Sa. von 10:00 bis 18:00 Uhr

Weitere Informationen unter:
www.fairkauf-hannover.de

Was ist die Idee von fairKauf und welche Ziele werden verfolgt?

Es geht fairKauf darum, mehrere wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale Ziele mit unternehmerischen Mitteln gleichzeitig ohne Inanspruchnahme staatlicher Zuschüsse zu verfolgen. Wir wollen Menschen durch Training für den (Wieder-) Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt im Einzelhandel qualifizieren. Dazu betreiben wir auf rund 1.000 m² in Citylage ein Warenhaus, in dem gespendete Güter des täglichen Bedarfs verkauft werden. Das Kaufhaus ist also gleichermaßen Erlösquelle zur Maßnahmenfinanzierung und Trainingsgerät. Hier werden Langzeitarbeitslose nicht verwahrt sondern arbeitsmarktkongruent profilorientiert trainiert und dabei sozialpädagogisch und arbeitsmedizinisch begleitet.

Welche Anforderungen an eine sinnvolle Arbeits- und Sozialpolitik gibt es auf Grund der Erfahrungen bei fairKauf e.G.?

Wir müssen die Menschen erfahren lassen dazugehören, auch wenn am Arbeitsmarkt (vorübergehend) kein Platz für sie ist. Arbeitslose haben das gleiche Recht auf gesellschaftliche Solidarität wie Kranke. Aus dieser gesellschaftlichen Solidarität leitet sich ab, dass die Maßnahmen zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit aus dem Umfeld der „Bildungsträgerindustrie“ in die „Realwirtschaft“ zurückführt werden müssen. - Auch das gehört zur Forderung nach Umsetzung der Inklusion. Die Re-Integration in den Arbeitsmarkt kann nur zu dessen Bedingungen und nicht mit viel zu kurzatmigen Maß-

Aus meinem Terminkalender Januar bis April 2011

- 16.-20.01. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 20.01. DGB Neujahrsbegegnung 2012, Hannover
- 23.-27.01. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 28.01. Unterbezirkskonferenz Jusos Region Hannover
- 30.01. - 01.02. Klausur der SPD-Landesgruppe Nds.-Bremen, Göttingen
- 06.-10.02. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 09.-10.02. 50 BürgerInnen aus dem Wahlkreis Tack besuchen den Bundestag, Berlin
- 13.02. Besuch von Violetta, Fachberatungsstelle für sexuell Missbrauchte Mädchen, Hannover
- 19.02. Neujahrsempfang Nachbarschaftstreff List NordOst, Hannover
- 21.02. Talk mit Tack: Pflege, Hannover
- 21.02. Mitgliederversammlung SPD Kleefeld, Hannover
- 23.02. Besuch IG Metall SeniorInnen Stöcken, Hannover
- 27.02.-02.03. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 05.-09.03. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 12.03. Forum Diakonie und SPD, Hannover
- 13.03. Besuch der IG Metall SeniorInnen Ricklingen, Hannover
- 19.-23.03. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 26.-30.03. Sitzungswoche Bundestag, Berlin

Bürgerinnen- und Bürgersprechstunden von Kerstin Tack

- 14.02.2012 von 16:00 bis 18:00 Uhr
- 13.03.2011 von 16:00 bis 18:00 Uhr

BürgerInnenbüro Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
Um Anmeldung wird gebeten unter
Tel. 69 98 05 oder per E-Mail
an kerstin.tack@wk.bundestag.de

Impressum:

kontakt | Ausgabe 1/2012 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack@wk.bundestag.de
Redaktion: Thilo Scholz
Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare
Erscheinungstermine: 04/09/12/2012
Nächster Erscheinungstermin: 04/2012

Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 2 Schöne Eurowelt | C-PROMO.de / photocase.com
S. 6 Es geht wieder auf... | klosko / photocase.com

Honorarberatung - Für mehr Verbrauchertransparenz in der Finanzberatung

Seit 2009 setze ich mich bereits für eine Verbesserung der Finanzberatung ein. Die Finanzkrise und die schlechte Beratung haben vielen AnlegerInnen große Mengen Geld gekostet. VerbraucherInnen wissen häufig nicht, welches Risiko welche Anlage oder Versicherung aufweist. Sie verlassen sich auf ihre Berater. Um so wichtiger, dass wir Regeln aufstellen und ein Berufsbild „Honorarberatung“ einführen.

VermittlerInnen erhalten bisher meist hohe Provisionen für Abschlüsse. Die Höhe bleibt den VerbraucherInnen unbekannt. Mittels des Berufsbildes „Honorarberatung“ wollen wir eine Beratungsform schaffen, die keine Abhängigkeit von der Zahlung Dritter aufweist.

HonorarberaterInnen sollen auch Produkte vermitteln dürfen. Allerdings nur solche, die keine Provisionen beinhalten – so genannte Nettotarife. Diese gibt es bislang nicht für alle Produkte. Deshalb sollen alle Anbieter verpflichtet werden, ihre Produkte auch als Nettotarif anzubieten. Das hat den Vorteil, dass VerbraucherInnen künftig ganz genau unterscheiden können, welchen Preis das Produkt und welchen Preis die Beratung haben soll.

Darüber hinaus sollen HonorarberaterInnen über eine gute Ausbildung mit Fachprüfung in allen für die Finanzberatung relevanten Bereichen verfügen. Die Qualität der provisionsunabhängigen Beratung wollen wir durch „Wohlverhaltenspflichten“ sicherstellen: Produktinformationsblätter und Beratungsprotokolle etwa. Daneben benötigen BeraterInnen eine Vermögenshaftpflichtversicherung, damit KundInnen bei Falschberatung ihr Geld zurückbekommen. Eine Überwachung soll über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und einen an die Verbraucherzentralen angebotenen Marktwächter stattfinden.

Seit 2009 wird über die Honorarberatung debattiert. Aus dem Hause der zuständigen Ministerin kam bislang nur ein Eckpunktetpapier. Wir als SPD-Fraktion sind dagegen die ersten, die dieses Thema konkret anpacken. Mir ist dieses Thema wichtig und ich hoffe, die Regierung endlich zum Handeln zu bewegen.

